

## GEWERKSCHAFTSPOLITIK

### Neunter Weltkongreß des IBFG

Der vom 2. bis 8. Juli in Brüssel tagende neunte Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften sollte eine Art Jubiläumssitzung des vor zwanzig Jahren gegründeten freigewerkschaftlichen Dachverbandes abgeben. Aus verschiedenen Gründen war jedoch mit dem Geburtstagskind kein großer Staat zu machen; zu schwerwiegend sind die Probleme, mit denen sich der IBFG konfrontiert sieht:

Die ohnehin defizitäre Finanzlage ist durch den Austritt des nordamerikanischen Dachverbandes AFL-CIO katastrophal geworden; die AFL-CIO war mit rund 13 Millionen Mitgliedern der stärkste Einzelverband des etwa 63 Millionen Arbeitnehmer repräsentierenden IBFG;

die machtvolle Stellung der Internationalen Berufssekretariate wirft für den IBFG ähnliche Probleme auf wie das Verhältnis der westdeutschen Einzelgewerkschaften zum DGB;

die freigewerkschaftliche Arbeit in den Entwicklungsländern stößt dort zum Teil auf große Schwierigkeiten.

Der amerikanische Dachverband AFL war in den Jahren 1948—49 maßgeblich daran beteiligt, die nichtkommunistischen Gruppen aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) herauszulösen. Das ideologische Konzept der reformistischen, sich hauptsächlich als Interessenvertreter für die finanziellen Belange der Mitglieder verstehenden AFL erschöpfte sich in einem militanten Antikommunismus. Solange der Kalte Krieg währte, war es ein Leichtes, auch die aus einer mehr klassenkämpferischen Tradition stammenden europäischen nichtkommunistischen Gewerkschaften unter diesem Vorzeichen zu vereinen. Bezeichnend dafür war der Beschluß des 4. IBFG-Weltkongresses 1955, der sich gegen jede Kontaktaufnahme der angeschlossenen Organisationen zu kommunistischen Gewerkschaften (gleich, ob solchen des Ostblocks oder der sogenannten freien Welt) aussprach.

Als *Ludwig Rosenberg* auf dem achten Weltkongreß 1965 forderte, man müsse dem Kommunismus „eine konstruktive Alternative“ entgegenstellen, stieß dies beim AFL-CIO-Vorsitzenden *George Meany* auf blankes Unverständnis. Die Ostkontakte einiger Gewerkschaften bedeuteten für Meany „Verrat an der Freiheit“. Auch fehlte es den Amerikanern an Verständnis dafür, daß die Zusammenarbeit mit WGB-Gewerkschaften für die italienischen und französischen Kollegen notwendig ist, um den IBFG-Gewerkschaften überhaupt eine Stimme in den sozialen Aus-

einandersetzungen zu verschaffen (die französische FO — *Force Ouvriere* — stellt zahlenmäßig nur einen Bruchteil aller in Frankreich organisierten Arbeitnehmer).

Als die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW, deren Präsident *W. Reuther* für eine dynamischere Gewerkschaftspolitik, ohne Furcht vor politischem Engagement, plädiert, der AFL-CIO den Rücken kehrte und als selbständiger Verband Aufnahme in den IBFG beehrte, war für Meany der Zeitpunkt für den Bruch mit dem IBFG gekommen.

Trotz der aufgezeigten Differenzen ist der IBFG auf die Amerikaner angewiesen. Die auf dem Brüsseler Kongreß beschlossene 50-prozentige Beitragserhöhung wird nicht ausreichen, um das finanzielle Defizit zu decken. Die Wiederwahl von *Storti* zum Präsidenten und von *Harm Buiter* zum Generalsekretär lassen zwar darauf schließen, daß der IBFG nicht , bereit ist, sich einem Meany-Diktat zu beugen (dieser soll Buiters Rücktritt verlangt haben), andererseits hat man bei der Wahl des Vorstands Sitze für die AFL-CIO freigehalten. Eine zu diesem Zweck gebildete Kommission, der neben *Storti* und *Buiter* auch der als IBFG-Vizepräsident neugewählte DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* angehört, soll bis zum November mit der AFL-CIO Verbindliches aushandeln.

Bezeichnend für den Kongreß in Brüssel war, daß dieses zur Zeit wichtigste Problem des IBFG in der Kongreß-Öffentlichkeit nicht erörtert wurde. Die Delegierten waren's zufrieden, daß die Entscheidungen, die mit dem Wiedereintritt der Amerikaner zusammenhängen, von einer Art IBFG-Ausgabe des „Kreßbronner Kreises“ getroffen werden.

Ebenfalls nicht im Plenum erörtert wurde die Stellung des IBFG zu den Internationalen Berufssekretariaten (IBS). Diese haben sich zwar in einem Abkommen, das die beidseitigen Beziehungen regelt, verpflichtet zur „Übernahme der allgemeinen Politik des IBFG“, was sie aber nicht hindert, diese Politik in wichtigen Fragen zu durchkreuzen. 1967 stellte der IBFG die Zusammenarbeit mit der Internationalen Graphischen Föderation ein, nachdem diese die der CGT angehörende französische Druckergewerkschaft aufgenommen hatte.

Der dritte Problemkreis, dem der IBFG gegenübersteht, nahm dagegen in den Plenumsdiskussionen in Brüssel einen größeren Raum ein. *Ludwig Rosenberg* forderte eine gezieltere Vergabe von gewerkschaftlichen Mitteln für die Entwicklungshilfe, während *Heinz Kluncker* (vor Journalisten) gar meinte, man solle zur besseren Koordinierung der Entwicklungshilfe mit dem WGB zusammenarbeiten. Sollte, was wahrscheinlich ist, die AFL-CIO

wieder aufgenommen werden, wird ein so „kühnes“ Konzept wohl kaum verwirklicht werden, denn die Amerikaner sind bekannt dafür, daß sie im Namen des IBFG Gelder der amerikanischen Regierung und amerikanischer Unternehmen für Zwecke in Lateinamerika eingesetzt haben, die mit dem Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun haben. Wird dieser Trend nicht umgekehrt, werden sich die lateinamerikanischen Arbeiter zu Recht von den dortigen IBFG-Gewerkschaften abwenden, die ohnehin nur eine Minderheit darstellen.

In einer Resolution über das „zweite Entwicklungsjahrzehnt“ stellt der IBFG-Weltkongreß fest, daß das Gefälle zwischen Industrienationen und armen Ländern in der vergangenen Dekade eher größer als kleiner wurde. Zur Hebung der Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer wird gefordert: die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 1 % des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten, die Schaffung eines Systems von Präferenzen für Industriegüter aus Entwicklungsländern und Maßnahmen gegen das Absacken der Rohstoffpreise.

Unter den wirtschafts- und sozialpolitischen Entschlüsseungen ist noch hervorzuheben die Resolution über multinationale Gesellschaften und Mischkonzerne, deren Machtentfaltung man sorgfältig beobachten will, um ihr die

internationale Solidarität der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen zu können. Auch aus diesem Grund dürfte die Erneuerung der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Gewerkschaften wichtig sein.

Die in Brüssel verabschiedeten politischen Resolutionen entbehren der Konsequenz. Zwar nahmen die Delegierten eindeutig Stellung gegen die Diktaturregime in Griechenland, Spanien, Portugal und Südafrika, verurteilten in einer weiteren Entschlüsseung die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte durch die US-Regierung auf Okinawa, nahmen aber beispielsweise keine Stellung zur zweifelhaften „Freiheit“ der indonesischen Gewerkschaften, über deren Dachorganisation es im IBFG-Tätigkeitsbericht für die Jahre 1965—69 heißt: „Ein gemeinschaftliches Gewerkschaftsgremium, die indonesische gewerkschaftliche Aktionsfront, allgemein bekannt als KABI, die am 12. März 1966 gebildet wurde, um die Armee während des Wiederaufbaues zu unterstützen (!), ist inzwischen ein anerkannter Machtfaktor geworden.“ In einer Resolution über die weltpolitische Lage wird zwar der sowjetische Imperialismus für die Vorgänge in der CSSR verantwortlich gemacht, die Kriege in Vietnam und Nigeria werden jedoch nur als bedauerliche Schicksalsschläge angesprochen.

*Claudia Pinl*